

Leipzig. Die Zeitung erscheint mit Ausnahme des Montags täglich und wird Nachmittags 4 Uhr ausgegeben.

Preis für das Vierteljahr 1 1/2 Thlr.; jede einzelne Nummer 2 Ngr.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Geseh!»

Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes, sowie durch die Expedition in Leipzig (Querstraße Nr. 8).

Inserionsgebühren für den Raum einer Zeile 2 Ngr.

Die Zoll- und Handelsfrage.

Wir haben der Neuen Preussischen Zeitung vor einigen Tagen (Nr. 456) eine Darstellung über die gegenwärtige Lage der Zollfrage entlehnt. Die «Zeit» bemerkt nun „auf Grund zuverlässiger Erkundigungen, daß, abgesehen von der richtig wiedergegebenen Absicht der königlichen Regierung, einen Handelsvertrag auf zwölf Jahre zu schließen, die in dem Artikel vorgetragene Thatsachen theils — und zwar zum größten Theile — gänzlich unwahr, theils so verkehrt sind, daß sie auf Glauben keinen Anspruch machen können.“ Nach der National-Zeitung steht fest, daß die Verhandlungen lediglich auf einen abzuschließenden „Handelsvertrag“ zurückgeführt sind, dessen Verhandlung natürlich die Tariffragen betreffen muß.

Unter glücklichen Conjunctionen — so schreibt ein berliner Correspondent der Leipziger Zeitung — könnte Deutschland wol nicht in das neue Jahr eintreten, als wenn außer den politischen auch die materiellen Interessen ihre Erledigung finden und für alle Zukunft auf einer festen Grundlage ruhen. Auf ein Mehr oder Weniger kommt es dabei gar nicht an, und wir glauben versichern zu können, daß jetzt schon bei der preussischen Regierung alle politischen Bedenken gegen eine Handelseinigung mit Oesterreich in den Hintergrund getreten und nur noch die volkswirtschaftlichen und finanziellen Rücksichten übrig geblieben sind. Ist nur erst der mezzotermine für den Vertrag gefunden, so kann man sicher sein, daß die einmal in ihre richtige Bahn gerückte natürliche Gravitationskraft der materiellen Interessen die Einigung von selbst bewerkstelligen wird. Der Gegensatz von Freihandel und Schutzzoll existirt doch nur in der Einbildung, d. h. als die theoretischen Extreme einer Frage, die nur praktisch gelöst werden kann. Unter diesem Gesichtspunkte betrachtet, hat kein Staat in den letzten zwei Jahren die Bahn des Freihandels so rücksichtslos betreten als Oesterreich (!), und es unterliegt keinem Zweifel, daß manche Sätze des österreichischen Zolltarifs den wahren Interessen Norddeutschlands weit mehr entsprechen als der Tarif des Zollvereins.

Deutschland.

Die Neue Preussische Zeitung nimmt in der schleswig-holsteinischen Frage jetzt ebenfalls Partei gegen Dänemark: „Ist es eine dänische oder eine deutsche Frage, ob dänische Truppen das holsteinische Bundescontingent bilden sollen? haben die Dänen darüber zu entscheiden, ob sie so gütig sein wollen, ihre Leute als Deutsche Bundesstruppen herzugeben? oder gebührt dem Deutschen Bunde die Entscheidung sowohl hierüber, als auch über die militärische Verwendung der holsteinischen Landeskinder? Sollen wir, und unter wir ist die ganze conservative Partei zu verstehen, uns fort und fort verstricken in falsche Consequenzen aus der Haltung, welche wir, gezwungen durch die revolutionären Sympathien, mit denen Schleswig-Holstein seit 1848 befallen war, zu seiner Sache einnehmen mußten, und sollen wir demzufolge Dänemark und seinen unerträglichen, übrigens vollkommen ebenso revolutionären Annahmen gegenüber uns die Hände binden lassen oder selbst binden? Sollen die unverschämten Reden von der Ausdehnung der «Reichsgrenze» bis zur Elbe ganz ruhig hingenommen werden? Bei dem alten Sprüchwort, das Kind nicht mit dem Bade auszuschütten — was die conservative Partei thun würde, wenn sie fortfährt, im Gefolge von 1848 das deutsche Recht Holsteins gar nicht zu beachten und die Züchtigung unserer irrenden Brüder einem Fremden, noch dazu einem solchen Fremden zu überlassen — bei diesem alten Sprüchwort kann man freilich immer die Frage aufwerfen, ob auch wirklich ein Kind in dem Bade sei? In diesem Bade aber ist mehr als ein Kind: das lebendige und zum Leben berechnete gute deutsche Recht, ja die deutsche Ehre. Aus demselben Grunde also, aus welchem wir dem undeutschen schwarz-roth-goldenen Revolutionswesen, mit dem die schleswig-holsteinische Sache besetzt (!) war, abgeneigt sein mußten, sollten wir den dänischen Eingriffen in deutsches Recht entgegentreten, um so entschiedener muß jetzt von conservativer Seite darauf gedrungen werden, daß der Bundesstag mit Ernst und Nachdruck den Dänen die Wege weise. Geschichte dies nicht, so haben wir obenein noch den Nachtheil, daß die Aufnahme, welche die durch Dänemark vertriebenen Beamten und Geistlichen in verschiedenen deutschen Staaten und auch in Preußen fanden, als gutmüthige Schwäche erscheint.“

Dem Vernehmen nach soll bei dem Deutschen Bunde ein schwedischer Gesandter beglaubigt werden.

Preußen. Berlin, 31. Dec. Ein berliner Correspondent der Kölnischen Zeitung schreibt: Man erfährt nun, welche Taktik die Rechte in der Kammer zu befolgen beabsichtigt. Von Seiten der äußersten Rechten ist es auf nichts weniger als auf einen Ministerwechsel abgesehen, und man braucht nur die Reden Stahl's und gewisse eng damit zusammenhängende Artikel der Kreuzzeitung genau zu lesen, um ohne Mühe herauszufinden, daß von dieser

Partei das Ministerium nur so lange geduldet wird, als es eine volle und rücksichtslose Befehung zur ritterschaftlichen Landesverwaltung hoffen läßt. Diesem Vorhaben entspricht es, wenn die rechte Seite des Hauses gleich nach Weihnachten neue Anträge aufs Tapet bringen wird, welche gleich den Anträgen auf Abänderung des Sportelwesens und der Aufhebung der maßlosen Parcellirungsfreiheit die Regierung in die Nothwendigkeit versetzen, entweder mit der Opposition zu stimmen oder sich immer weiter in die Nege der ständischen Partei zu verwickeln. Anfangs hoffte die Fraction Gerlach ihre Pläne mit Hilfe der katholischen Fraction durchzusetzen; da dies nicht geht, so findet sie es doppelt erwünscht, daß kaum für eine einzige reactionäre Vorlage eine Majorität in der II. Kammer zu erwarten ist. Es sollen die aus dem Schooße der Rechten hervorgehenden Propositionen durchfallen, weil dann um so mehr Hoffnung vorhanden ist, daß auch die Regierungsvorlagen die Kammer nicht passieren. Ist aber nun erst die Sitzung ohne Resultat geblieben und die proponirte Reform der I. Kammer nicht zu Stande gekommen, dann soll die üble Lage, in der das Ministerium unter solchen Umständen sich befinden würde, dazu benutzt werden, um mit allen der Partei zu Gebote stehenden Hülfsmitteln auf das Ministerium einzustürmen und dasselbe entweder zur Capitulation oder zum Rücktritt zu nöthigen. In diesem Falle würde der Anfang nicht mit der Reorganisation der I., sondern der II. Kammer gemacht und jene „wahre“ Landesvertretung hergestellt werden, nach der die beklemmte Brust der Reaction längst seufzt. Hoffentlich wird die Regierung sich durch solche Künste nicht irre machen lassen. Die ungeheure Majorität des Volks siele ihr zu, wenn sie nur erst es als ihre feste Absicht ausgesprochen hätte, an den constitutionellen Principien nicht zu rütteln.

Die Breslauer Zeitung theilt folgende Punkte mit, welche die von den Katholiken an die Staatsregierung gerichtete und von acht Kirchenfürsten unterzeichnete Petition enthalten soll, wie sie im Wesentlichen auch in einer in Breslau erschienenen Schrift („Die Verluste der katholischen Pfarrseelsorge“ v. von Rintel) bezeichnet sind. Die Petition fordert: 1) Die Rücknahme der bekannten Ministerialerlasse wider den Besuch des Collegium germanicum in Rom und die Jesuitenmissionen. 2) Die Anstellung eines katholischen Professors der Geschichte an der berliner Universität. 3) Die Creirung einer katholischen Rathsstelle im Unterrichtsministerium. 4) Die Befriedigung der katholischen Militärseelsorgebedürfnisse in dem Umfange, wie für die Evangelischen gesorgt wird. 5) Die Befriedigung der dürftigen Seelsorge für die Katholiken in Ostpreußen, in der Lausitz und Brandenburg. 6) Anstellung eines Religionslehrers für die berliner Gynnasialen katholischen Glaubens. 7) Einrichtung eines katholischen Militärwaisenhauses. 8) Wiederausweisung des evangelischen Predigers aus der katholischen Reformatenkirche zu Rawitsch.“ Diesen Punkten ist von den Petenten eine umfangreiche Darlegung obwaltender Mißverhältnisse beigelegt und schließlich auch noch die Beilegung derjenigen Differenzen erbeten, welche zwischen einzelnen Bischöfern und den Ministerien über die Stellenverleihung schweben. Dabei ist wohl zu merken, daß diese Petition von den Anträgen, welche die katholische Partei der II. Kammer einbringen will (Nr. 453), ganz verschieden ist, wenngleich auch dieser Antrag einzelne Punkte der Petition in sich aufnehmen wird.

Die Neue Preussische Zeitung warnt ihre Freunde vor vier Fehlern, die sie gegenüber der sich selbst so nennenden specifisch-katholischen Fraction, vor allen andern zu vermeiden haben. „Das Erste ist, daß sie sich durch nichts verleiten lassen, die politischen Vertreter der Kreise Büren oder Steinfurt, oder wie die Wahlkreise sonst heißen mögen, als Vertreter der römisch-katholischen Kirche gelten zu lassen oder zu behandeln. Zweitens müssen unsere Freunde sich davor hüten, daß sie Das, was sie augenblicklich äußerlich als eine Fraction darstellt, als ein einiges und geschlossenes Ganze ansehen und verwerfen. Zum Dritten haben sich unsere Freunde wohl vorzusehen, daß sie sich nicht dazu bewegen lassen, den «specifisch-katholischen» Forderungen vermeintlich «specifisch-evangelische» gegenüberzustellen. Viertens endlich, daß wir nicht der Versuchung Raum geben, die katholische Fraction durch «Concessionen» gewinnen zu wollen.“

Die Kreuzzeitung enthält folgende zwei Inserate: „Der Director des Königsstädtischen Theaters, Hr. Cers, hat, wie wir glauben, in guter Meinung, auf morgen eine Vorstellung angekündigt «zum Besten des Diakonissenhauses Bethanien», ohne zuvor unsere Zustimmung dazu einzuholen. Wir nehmen dankbar jede Gabe, die uns um Gottes willen gereicht wird, wir wollen aber auch unsere Sache unvermisch erhalten mit Allem, was ihr fremdartig ist, und lehnen daher jede Betheiligung an der angekündigten Theatervorstellung und an jedem ähnlichen Unternehmen hierdurch öffentlich ab. Diakonissenhaus Bethanien, 28. Dec. 1852. In Stellvertretung: Schulz, Pastor.“ — „Zur Begegnung eines Inserats von Seiten des geistlichen Vorstandes der Krankenanstalt Bethanien bemerke ich, das Se. Erlaucht der Oberkammerherr und Minister des königlichen Hauses,